

Information zum Datenschutz nach Art. 13, 14 DSGVO

Im Folgenden werden Sie gemäß Art. 13, 14 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informiert.

1 Identität des Verantwortlichen:

Landesamt für Finanzen, - Zentralabteilung -, Rosenbachpalais, Residenzplatz 3, 97070 Würzburg (Telefon: 0931 4504-6770; E-Mail: datenschutzanfrage@lff.bayern.de)

2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Sie erreichen den zuständigen behördlichen Datenschutzbeauftragten unter:
Landesamt für Finanzen, - Datenschutzbeauftragter -, Rosenbachpalais, Residenzplatz 3, 97070 Würzburg (Telefon: 0931 4504-6767; E-Mail: datenschutzbeauftragter@lff.bayern.de)

3 Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage:

Ihre Daten werden zur ordnungsgemäßen Prüfung und Durchführung von (Gerichts-) Verfahren nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) erhoben und verarbeitet. Hierbei handelt es sich vor allem um Renten-, Heilverfahrens- und Krankenversicherungsansprüche. Auf Basis der vorliegenden Daten werden die Ihnen erwachsenden Rechtsansprüche geprüft und im Falle einer positiven Prüfung festgesetzt und ausgezahlt.

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung stützt sich auf Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e), Abs. 2 und 3 DSGVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG, Art. 9 Abs. 2 Buchst. h) DSGVO, Art. 8 Abs. 1 Nr. 3 BayDSG und § 2 ff ZuStV-BEG/SSV sowie auf die Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG).

4 Datenherkunft:

Zur Erfüllung der oben unter Punkt 3. genannten Zwecke erheben wir Ihre personenbezogenen Daten in erster Linie bei Ihnen selbst, insbesondere aufgrund der von Ihnen gestellten Anträge. Darüber hinaus erfolgt im Einzelfall eine Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten bei Dritten, insbesondere der

- Stammdaten (z.B. Name und Geburtsdatum) sowie Kommunikationsdaten (z.B. Anschrift und E-Mail Adresse) bei Behörden (z.B. Auswärtiges Amt, Konsulate, Botschaften; speziell für Israel: State of Israel Ministry of Finance – Office for Personal Compensation from Abroad (= OPC)) oder Kommunen (z.B. Stadtverwaltungen, Einwohnermeldeämter)
- Zahlungsinformationen (z.B. Bankverbindungsdaten) bei Ihrer Bank
- Forderungsdaten: bei Gläubigern unter Vorlage eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses oder Abtretungsempfängern

- Sozialversicherungsdaten (z.B. Rentenversicherungsnummer, sonstige Renten- und Entschädigungsansprüche) bei Ihrem Rentenversicherungsträger, Rentenberater oder anderen NS-Wiedergutmachungsstellen (z.B. Conference on Jewish Material Claims Against Germany)
- Medizinische Daten (z.B. Gesundheitsunterlagen) bei Ihrer Kranken- und Pflegekasse oder den Sie behandelnden Ärzten

5 Empfänger:

Ihre personenbezogenen Daten werden im Einzelfall weitergegeben an

- Staatsoberkasse Bayern zum Zwecke der Zahlungsabwicklung und Überweisung
- Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat im Rahmen der Fach- und Rechtsaufsicht
- Gerichte und Rechtsanwälte im Rahmen von Gerichtsprozessen
- Ärzte zur Erstellung von Gutachten und Prüfung Ihrer Anspruchsberechtigung
- Sozialversicherungsanstalten (z.B. Ihr Rentenversicherungsträger, Rentenberater, Ihre Kranken- und Pflegekasse) zur Prüfung von Rentenanwartschaften, Heilverfahrens-, Krankenversorgungs- und Versicherungsansprüchen
- Banken im Rahmen von Rentenrückrufen bei Wegfall der Anspruchsberechtigung
- Conference on Jewish Material Claims Against Germany zur Berechnung der evtl. dort bestehenden Entschädigungsansprüche
- Auswärtiges Amt, Konsulate, Botschaften, OPC zur Sicherstellung der Durchführung des Verwaltungsverfahrens
- Gläubiger unter Vorlage eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses oder Abtretungsempfänger zur Berechnung des an diese zu überweisenden Geldbetrags

6 Übermittlung von Daten in ein Drittland:

Soweit dies im Einzelfall zur Erreichung der oben unter Punkt 3. genannten Zwecke unabdingbar und datenschutzrechtlich zulässig ist, werden die hierfür notwendigen Daten an die jeweils betroffene Stelle im Land Ihres Wohnsitzes übermittelt.

7 Dauer der Speicherung:

Aufgrund der grundsätzlichen Archivwürdigkeit von entschädigungsrelevanten Informationen (§ 2 Abs. 2 BayArchivG) werden Daten nur gelöscht, sofern diese im Einzelfall nicht durch das zuständige Archiv übernommen werden (Ziff. 5.2.1 Aussonderungsbestimmungen LfF). Im Übrigen richten sich die Aufbewahrungsfristen nach der Anlage zu den Aussonderungsbestimmungen LfF – Fristen und Bewertungskatalog.

8 Rechte der betroffenen Person:

Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte nach Art. 15 bis 22 DSGVO auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch zu:

Sie haben das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht

Ihnen insbesondere ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie insbesondere die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Landesamt für Finanzen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

9 Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD), Postfach 22 12 19, 80502 München (Telefon: 089 212672-0; Telefax: 089 212672-50; E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de)

10 Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Das Landesamt für Finanzen – Landesentschädigungsamt benötigt insbesondere Ihre Daten, um Ihren Antrag auf Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) bearbeiten zu können. Dies ist ohne die erforderlichen Daten nicht möglich.